

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

3.9.1861 (No. 207)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 3. September.

N. 207.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat September der Karlsruher Zeitung.

* Schmerling über Ungarn.

Wie telegraphisch bereits bekannt, ergriff Staatsminister v. Schmerling am 30. v. M. in der Adressdebatte des österreichischen Abgeordnetenhauses das Wort. Seine Rede, die von Seiten der Linken und des Zentrums fortgesetzt rauschenden Beifall erhielt, ist ein wahres Altkleid für ungarische Frage, worin nicht nur der eigentliche Gegenstand nach verschiedenen Seiten hin lehrreich und klar beleuchtet, sondern auch ein Regierungsprogramm aufgestellt wird, dessen Tragweite zum Theil noch über die ungarische Verwicklung hinausreicht. Wir wollen deshalb die Rede nach den Aufzeichnungen der Wiener Blätter ihrem wesentlichen Inhalt nach hier folgen lassen.

Im Eingang antwortete Hr. v. Schmerling auf die Insnuation, daß die Regierung, indem sie die ungarische Angelegenheit vermittelst der bekannten Botschaft an den Reichstag gebracht, unkonstitutionell gehandelt habe, daß sie sich in den Fällen des Kaiserl. Mandats habe verbergen und, wie Andere jagten, im Grunde nur ein Vertrauensvotum habe erhaschen wollen. Es wird dem Redner nicht schwer, diese Angriffe abzuweisen. Darauf wendet er sich zu dem materiellen Theil seiner Aufgabe und fährt also fort:

Das Ministerium hat dem ungarischen Landtag gegenüber einen doppelten Standpunkt eingenommen, den Standpunkt des Rechts und den Standpunkt der Staatspolitik; dem ungarischen Landtag gegenüber war das österreichische Ministerium auf dem Standpunkt des Rechts, indem es die Anerkennung der Verfassung gefordert hat. Wir befinden uns, wir Minister, die wir am 20. Oktober noch nicht im Amt waren und den 20. Oktober als vollendete Thatfache überkommen hatten, doch unbestimmt in der Lage, anzuerkennen, daß am 20. Oktober jene Männer, denen Sr. Majestät damals die Ausfertigung dieses wichtigen Dokuments, des Diploms, anempfohlen hatten, mit sich im Klaren sein mußten, welchen Standpunkt Sr. Majestät dem ungarischen Landtag und der ungarischen Verfassung gegenüber einzunehmen hätte und eingenommen hat. Es war das der Standpunkt der Machtvollkommenheit gegenüber einer demüthigten, thatsächlich außer Wirksamkeit gekommenen Verfassung, gegenüber der thatsächlich befeitigten, durch die Beschlüsse des Dreizehner-Konvents zerfallenen ungarischen Verfassung. Wenn dieser Standpunkt am 20. Oktober denjenigen Herren, welche die Ausfertigung des Diploms Sr. Majestät empfohlen haben, nicht vorgeschwebt hätte, so muß ich bekennen, daß ich es nicht begreife, wie es möglich gewesen wäre, das Diplom, wenigstens so weit es Ungarn betrifft, auszufertigen zu lassen. (Bravo links und im Centrum.) Es gab damals gar keine Wahl, man hätte denn anerkennen wollen, daß Sr. Majestät verpflichtet gewesen wäre, als König von Ungarn die ungarische Verfassung als zu Recht bestehend anzuerkennen, abgesehen davon, daß Sr. Majestät eine rebellische Nation zu Paaren getrieben, nicht ein Land erobert, sondern eine Revolution niedergeschlagen hat. (Bravo links und im Centrum.)

Wenn man das anerkennt, wenn man daran glaubte, es gäbe kein anderes Mittel, als Sr. Majestät zu empfehlen, die ungarische Verfassung, wie sie war, und zwar die Verfassung vom Jahr 1848, unbedingt wiederherzustellen, dann gab es für Sr. Majestät nicht das Mittel, aus eigener Machtvollkommenheit Modifikationen derselben einzutreten zu lassen. Wenn man aber anerkennt, daß es die Wohlthat des Reiches erheische, Modifikationen in der Verfassung einzutreten zu lassen, ohne Wirkung des ungarischen Landtages — und von seiner Mitwirkung ist im Oktoberdiplom mit seinem Wort die Rede — dann muß man auch anerkennen, daß Sr. Majestät im Besitze der Machtvollkommenheit sich befunden habe, und daß diese Machtvollkommenheit begründet war durch die früheren Ereignisse. Wenn man diese Thatfachen nicht zugibt, so war man nicht im Stande, das Diplom Sr. Majestät zur Annahme zu empfehlen. Ich wiederhole es, es gab gar keine Wahl, als entweder anzuerkennen, daß die alte ungarische Verfassung zu Recht bestand — und dann konnte sie von Sr. Majestät aus Machtvollkommenheit nicht geändert werden — oder man mußte anerkennen, daß die Verfassung nicht mehr zu Recht bestand, und dann konnte man Sr. Majestät raten, unter gewissen Modifikationen, wie es im Diplom geschah, die Verfassung ins Leben treten zu lassen. (Bravo, Bravo links und im Centrum.)

Ich gehe von diesem Standpunkte des Rechts auf den Standpunkt der Staatspolitik über. Es ist gestern in sehr breiter Weise auseinandergelegt worden und wird von einem praktischen Staatsmanne nicht geläugnet werden, daß das „salus publica maxima lex esto“ nie und nimmer geläugnet werden kann. Das Wohl des Staats läßt sich nach der Regel von Privatverhältnissen beurtheilen und der Regent hat die heilige Pflicht, für das Staatswohl, wenn auch vielleicht in verletzender und einschneidender Weise einzugreifen. (Bravo links und im Centrum.) Es ist im Herrenhause von einem verehrten Hrn. Redner, es ist auch im Abgeordnetenhause laut und unumwunden das Bedürfnis anerkannt worden, daß ein gewisser Grad von Zentralisation für alle Staaten Europa's ein Bedürfnis sei. Es wird nicht geläugnet werden können, daß für einen Staat, der wie Oesterreich inmitten Europa's gelegen, mit der doppelten Mission, zwischen Ost und West das Gleichgewicht zu halten, dieses Bedürfnis das prägnanteste ist. Dieses Bedürfnis wird nicht geläugnet. Ich frage nun: wie soll es ins Leben treten? Man erkennt, daß gewisse

Frage der Reichsfinanzen, der auswärtigen Angelegenheiten, des Krieges, durch eine Zentralgewalt behandelt werden sollen. Ich frage nun: was ist die Konsequenz, wenn man überhaupt ein konstitutionelles Staatsleben will? Daß dieser Zentralgewalt eine Zentralvertretung zur Seite stehe, das ist die notwendige Konsequenz. (Lebhaftes Bravo links und im Centrum.) Wenn wir diese Nothwendigkeit nicht anerkennen, müssen wir den konstitutionellen Formen entsagen und mindestens für diese wichtigen Aktionen den Absolutismus einführen. (Bravo links.) Aus diesen beiden Gründen daher rechtfertigt sich, meine Herren, vom Standpunkte des Rechts, vom Standpunkte der Staatspolitik aus die Position, welche die Regierung den Ungarn gegenüber eingenommen hat.

Nun erlauben Sie mir, in eine weitere Erörterung jener Gründe einzugehen, die den ungarischen Landtag bestimmt haben mochten, oder wo er sich klar ausgesprochen hat, bestimmt haben, diese Verfassung zurückzuweisen. Man hat vor Allem gegen die Verfassung vom 26. Febr. eingewendet, daß sie eine veränderte Vertretung, eine veränderte Kompetenz als im Oktoberdiplom geschaffen habe. Ich muß das Erstere zugeben und das Zweite auf das entscheidende in Abrede stellen. Ohne mich in letzterer Rücksicht in eine weitere Erörterung einzulassen, glaube ich, daß es, soweit es das Königreich Ungarn betrifft, kaum einer weiteren Erörterung bedarf. Vergleichen Sie den Wortlaut derjenigen, was dem Königreich Ungarn rücksichtlich seines Landtags zur Kompetenz im Diplom zugewiesen wurde, mit dem bezüglichen Wortlaut der Verfassung, so werden Sie mir zustimmen, daß die beiden Bestimmungen beinahe wörtlich sich gleichen, und es läßt sich daher auch durchaus nicht sagen, daß, was die Kompetenz des ungarischen Landtags betrifft, ihm durch die Verfassung vom 26. Febr. irgend eine Beschränkung auferlegt worden ist. Die Modifikation betrifft allerdings die Zahl der Vertreter; das altösterreich. Diplom vom 20. Okt. enthält über die Zahl der Vertreter gar keine Bestimmung; das gleichzeitig an den damaligen Ministerpräsidenten Grafen Rechberg erlassene Handschreiben führt „voraus“ die Zahl der Reichsraths-Mitglieder auf 100; auch damit ist daher ein Definitivum über die Zahl der Reichsvertreter nicht ausgesprochen. Wenn ich nun erwäge, daß vielleicht 25 aus dem ungarischen Landtag gewählte Abgeordnete in dem Reichsrathe ihren Platz eingenommen hätten, wenn dieser Reichsrath nach der ursprünglichen Anordnung aus beinahe hundert Mitgliedern bestanden hätte, so glaube ich, wird das Verhältnis beinahe dasselbe gewesen sein, wie jetzt, wenn 85 ungarische unter 343 Deputirten den Platz einnehmen. Es ist beiläufig, nach einer Proportion berechnet, das Verhältnis dasselbe. Ich habe aber überhaupt nie gehört, meine Herren, daß ein Volk sich darüber aufgehört hätte, daß man die Zahl seiner Vertreter vermehrt hat (Bravo); man hat nur immer gesagt, wenn man die Zahl derselben vermindert. Einem Volke wie Ungarn, welches an parlamentarischen Größen so reich ist, muß es nur vollkommen sein, wenn es einer möglichst großen Zahl derselben gegönnt ist, ihre Talente auch in anderen Kreisen, als in welchen sie bisher geglänzt haben, zu entfalten. (Bravo.) Ich erwähne, daß gerade der ungarische Landtag auf diese zahlreiche Vertretung durch sein eigenes Beispiel den größten Werth gelegt hat. Denn wenn man die Verfassung, welche im Jahr 1848 gegeben wurde, mit jener Repräsentation vergleicht, die bis dahin in der untern Tafel stattfand, so werden Sie sehen, daß die Zahl seiner Vertreter bei weitem größer geworden ist. Ich kann daher nicht zugeben, daß bloß dadurch, daß die Februarverfassung Ungarn gegenüber eine ausgebreitete Vertretung eingeführt hat, ein entscheidender Grund für den ungarischen Landtag vorhanden war, die Beschickung des Wiener Reichsraths abzulehnen. Auch darin, daß in früherer Zeit ein Minderverhältnis in den Regierungsformen zwischen Ungarn und den Ländern der nicht-ungarischen Krone bestand, kann heute wohl ein begründeter Vorwand nicht gefunden werden, an den Beratungen in Wien nicht Theil zu nehmen. Ich begreife, daß Ungarn in mehreren Beziehungen in der Regierungsform und der Regierungsgewalt den nicht-ungarischen Ländern fern stand, so lange Ungarn sich noch einer freien Verfassung erfreute, während die übrigen Kronländer absolut regiert wurden. Ich begreife dies, allein diese Verhältnisse sind jetzt ganz anders geworden. Derselben Regierungsform, wie sie in Ungarn durch 300 Jahre eingeführt waren, sind nun durch die Gnade Sr. Majestät allen Ihren Ländern und Völkern zu Theil geworden.

Es ist daher gar kein Grund zu einem Mißtrauen, in eine Versammlung zu treten, wo gleiche Grundzüge des konstitutionellen Staatslebens in allen Richtungen ins Leben treten sollen. Man hat in dem ungarischen Landtag, insbesondere in seinen Adressen, und von jener Seite dieses Hauses, wo lebhaft Sympathien für das ungarische Volk laut geworden sind, eine lange und traurige Schilderung aller jener Uebelstände gemacht, welche die verflochtenen 12 Jahre dem ungarischen Lande gebracht hätten. Meine Herren, ich und alle meine verehrten Kollegen, die jetzt durch das Vertrauen und die Gnade Sr. Maj. des Kaisers berufen sind, als Räthe seiner Krone zu fungiren, wir hätten für unsere Person in keiner Weise die Pflicht, diesen Angriffen entgegenzutreten; denn die Angriffe berühren eine Zeitperiode, wo wir uns noch nicht im Amte befunden haben. Aber als Mann der Wahrheit und der Gerechtigkeit fühle ich mich in der That verpflichtet, denn doch in die Schranken zu treten gegen alle diese Angriffe, die auf das nun gefallene System mitunter sehr ungerecht gerichtet worden sind. Ich kann es nicht lebhaft genug betonen, daß ich für meinen Theil und alle meine Kollegen mit mir dem konstitutionellen Regierungssystem huldigen, nach innerer Ueberzeugung huldigen, und ich namentlich glaube für mich das Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, daß man anerkennen muß, daß mein gesamtes politisches Leben dieses Glaubensbekenntnis als ein Bekenntnis der innern Ueberzeugung und der Wahrheit bezeugt hat. (Lebhaftes Bravo links und im Centrum.) Allein indem ich mich unumwunden für die Vorzüglichkeit, für die Nothwendigkeit der konstitutionellen Regierungsform in Oesterreich erkläre, kann ich mich

dennoch nicht der Ueberzeugung verschließen, daß auch in einem absolut regierten Staat gut regiert werden kann. Wir haben uns überzeugt, daß ein Regent erster Größe ein durch die Revolution aus allen Fugen getriebenes und gehobenes Reich in kurzer Zeit mächtig, wohlhabend und einflußreich gemacht hat. Es war Napoleon I. Wir haben uns überzeugt, daß ein Regent in Preußen in kurzer Zeit durch seine Thatkraft, wenn auch gleich durch absoluten Willen, aus einem unbedeutenden Staate eine Großmacht geschaffen hat. Und die österreichische Geschichte ist bei Gott nicht arm an Regenten, die, wenngleich absolut regiert, doch ausgezeichnet regiert haben. (Bravo links und im Centrum.) Ich kann daher behaupten, daß ich, wenn ich mich auch mit der Regierungsform, die durch eine Reihe von Jahren in Oesterreich stattfand, nicht einverstanden erkläre, doch erklären muß, daß gerade Ungarn es war, das unter der Verwaltung dieses Systems entschieden gewonnen hat. (Bravo links und im Centrum.) Wenn wir heute, meine Herren, unparteiisch prüfen, wie Ungarn sich befunden hat, als es nach den Katastrophen von Temeswar, Komorn und Vilagos in die Hände der österreichischen Gewalt, der Gewalt damals kam, und wie es war, als am 20. Oktober ein großer Theil jener Beamten, die ihre Thätigkeit der Verwaltung des Landes gewidmet, zurückkehrten, so glaube ich, die Bilanz würde nicht zum Nachtheil der österreichischen Regierung ausfallen. (Bravo richtig links.) Was, meine Herren, macht ein Land glücklich? Zweierlei; ich gebe es zu: Formen, die seiner Freiheit entsprechen; aber auch dasjenige, was seine materiellen Bedürfnisse befriedigt. Ich gebe zu, daß in einem Lande wie Ungarn, das durch Jahrhunderte und länger noch eines konstitutionellen Staatslebens sich erfreute, der Mangel desselben schwer empfunden werden konnte und schwer empfunden werden mußte; ich gebe zu, daß daher Ungarn sich schmerzhaft getroffen fühlte, als es die Freiheit, die es so lange genossen, vollständig einbüßte; aber demungeachtet, meine Herren, dürfen wir doch zugeben, daß, wenn von der österreichischen Regierung auf der einen Seite die Freiheit unterdrückt wurde, auf der andern Seite für die materiellen Güter sehr viel, ich bekenne es und spreche es laut aus, sehr viel geschehen ist. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Sept. (Landes-Industrieausstellung.) Die Besichtigung der Ausstellung und speziell der von den verschiedenen Gewerbschulen des Landes eingesandten und ausgestellten Zeichnungen und Modelle durch etwa 30 Lehrer gedachter Schulen hat heute früh gegen 7 Uhr begonnen.

Unsere frühere Behauptung, daß der Besuch der Ausstellung sich täglich steigere, fand am gestrigen Sonntag eine höchst erfreuliche Bestätigung. Am ersten Sonntag nach der Eröffnung, den 18. Aug., betrug die Zahl der Besucher 3186, am zweiten Sonntag, den 25. v. M., 6117, und erreichte gestern die Höhe von 8472, somit ergibt sich für diese 3 Tage die Zahl von 17,775. Am letzten Freitag wurde die Ausstellung von 1380 und am Samstag von 1132 Personen besucht. Die Gesamtzahl der Besucher beläuft sich demnach bis zum Abend des gestrigen Tages auf 35,828.

Wenn wir von der erwähnten Summe von 8472 etwa 1000 auf Rechnung hiesiger Besucher abziehen, so ergibt sich ein ungefährender Fremdenzufluß von beinahe 7500 an einem einzigen Tage. Welchen Einfluß ein solch gesteigerter Verkehr auf die Verhältnisse unserer Stadt ausübt, wird dem aufmerksamen Beobachter durch das Leben am Bahnhof, in den Straßen der Stadt, dem außergewöhnlichen Besuch der Gasthöfe, sowie überhaupt der Verkaufslöcher am besten klar gemacht. Die heitern und zufriedenen Gesichter, ja wir dürfen dreist behaupten, die vielen enthusiastischen und das Gepräge des Entzückens tragenden Physiognomien der Besucher der Landes-Industrieausstellung sind im Verein mit den ausgeführten Zahlen die sprechendsten Beweise dafür, daß in der Residenz sich eine Reihe, dieselbe stets mehr belebender Festtage entfaltet, hervorgerufen durch die schönen Triumphe, welche die badische Industrie hier feiert und die alle Kleinlichkeiten verstümmen machen.

Karlsruhe, 2. Sept. (Zur letzten Generalsynode. II. * 8) 9) 10) und 11) Der Unterländer, vormalig reformirte Kirchenfond zerfällt nach vorstehenden Ziffern in die Pflanzschule (gleichzeitige Zentralisation des ganzen Fonds mit dem Verrechnungssitz in Heidelberg), die Kollektur Mannheim (Mannheim) und die Erste Mosbach (Mosbach) und Sinheim (Sinheim). Sein Vermögen besteht in 3,549,170 fl. 41 kr. und hat gegen früher (wohl auch in Folge der am 1. Juni 1855 erfolgten Auflösung der Kellerei Schriesheim und Vereinigung derselben theils mit der Kollektur Mannheim, theils mit der Pflanzschule) um 306,295 fl. 41 kr. zugenommen. Sein Zweck ist Befreiung der darauf dotirten Besoldungen für Kirchen- und Schuldiener, Baulasten und sonstige Abgaben; Verwendung des Ueberschusses für Kirchen- und Schulbedürfnisse der vorzugsweise berechtigten Gemeinden und Stellen, sodann für die ausgefallenen Gemeinden, und bei weiteren Ueberschüssen für das allgemeine Beste der vereinigten Kirche im Unterland. In ihrer 17. Sitzung erneuerte die Generalsynode den Beschluß ihrer Vorgängerin vom Jahr 1855 in Beziehung auf die i. g. ausgefallenen Gemeinden, weil derselbe wegen seiner etwas unklaren und für die Ausführung nicht ge-

* S. Karlsruh. Ztg. Nr. 204.

nügendem Form nicht zum Vollzug gelangen konnte, in bestimmter Form dahin, daß sie dem vom Oberkirchenrathe in dieser Angelegenheit bis dahin befolgten Verfahren, wozu in Berücksichtigung der jedesmaligen Umstände erhebliche Summen für die ausgefallenen Gemeinden bewilligt worden, zustimmt, und es nur gutheißt, wenn die notwendigen Bedürfnisse diesen Gemeinden mit billiger Rücksichtnahme auf die gegebenen Verhältnisse auch ferner insoweit befriedigt werden, als dies die Befriedigung der Ansprüche der berechtigten Gemeinden gestattet. Daß bei den Verhandlungen über diesen Fond, dessen Verwaltung man eine wahrhaft glänzende nennen könne, auch der Antrag auf baldmöglichste Erbauung des Thurmes der St.-Petri-Kirche in Heidelberg gestellt wurde, ist früher schon in diesen Blättern mitgeteilt worden.

Eine zweite Rubrik bilden die für Geistliche insbesondere bestimmte Fonds. Hieher gehören 12) 13) 14) Der vereinigte evangelische Pfarrhilfsfond mit den 3 Berechnungen zu Haslach bei Freiburg, Karlsruhe und Mannheim. Dieser Fond entstand in seiner jetzigen Gestalt aus der von der Generalsynode 1855 beantragten Vereinigung des früheren althabischen, des Hornberger und des neubabischen Pfarrhilfsfonds. Die Berechnung des Hornberger Pfarrhilfsfonds ist mit jener zu Karlsruhe vereinigt. Dieser Fond hat Beiträge zu den Kosten für die Dienstvergebung in Krankheitsfällen oder wegen hohen Alters eines Pfarrers, sofern anderweitige Mittel fehlen, zu leisten, dürftige Pfarrer und ständige Pfarrverweser bei besonderen Unglücksfällen, sodann ältere, bei dem Witwenstand nicht mehr berechnete, unvermöglige und arbeitsunfähige Pfarrweiser in Ermangelung anderer Mittel für dieselben zu unterstützen, sowie endlich mit seinen etwaigen Ueberschüssen unter Andern zur Aufbesserung gering dotirter Pfarren und zur Unterstützung armer Gemeinden bei Kirchen- und Pfarrhausbauten beizutragen. Personalzulagen und fortwährende Unterstützungen dürfen diesem Fond nicht aufgelegt werden. Das Gesamtvermögen beträgt 217,734 fl. 4 fr. und hat sich gegen früher um 68,615 fl. 24 fr. vermehrt. Davon kommen auf die Berechnung Haslach 40,385 fl. 46 fr. (mit 6805 fl. 23 fr. Vermehrung), Karlsruhe 56,130 fl. 51 fr. (mit 25,038 fl. 10 fr. Vermehrung), und Mannheim 121,217 fl. 27 fr. (mit 36,771 fl. 51 fr. Vermehrung). Die Generalsynode stellte an den großh. Oberkirchenrat die Bitte, die Ueberschüsse des Fonds nicht weiter, als das Statut es fordere, zu admassiren, sondern in Gemäßheit von Nr. 5 des Statuts auf Verbesserung gering dotirter Pfarren zu verwenden. Nach dem Statut ist ein Zehntel des jährlichen Reinertrags zur Vermehrung des Grundstocks zu verwenden. Nachträglich bemerken wir, daß in Beziehung auf die Kirchenanschaffne Rheinbischofsheim unter theilweiser Wiederaufnahme des Antrags der 1855r. Synode dem Oberkirchenrathe ebenfalls empfohlen wurde, einen Theil der Ueberschüsse des Fonds zu Dotationserhöhungen einzelner hanauischer Pfarren zu verwenden, und in Erwägung zu ziehen, ob und in wie weit solches durch Zusammenlegung von Gütern geschehen könne, welche der Kirchenanschaffne bereits gehören, zugleich aber mit dem Ankauf größerer Güterkomplexe in auswärtigen Gemarkungen thunlichst fortzuführen.

15) Der Pfarrmeliorationsfond (Karlsruhe), aus dem Ertrag landesherrlich gegebener und admassirter Zuschüsse gebildet, hat gering dotirte Pfarren im Baden-Durlachischen zu verbessern, und besitzt dazu ein Vermögen von 9937 fl. 9 fr., welches sich gegen früher um 765 fl. 35 fr. vermehrt hat.

16) Der Pensionsfond für Geistliche (Karlsruhe), welchem der Staat einen jährlichen Beitrag von 3000 fl. leistet, befreit Pensionen für Geistliche ganz oder theilweise. Sein Vermögen hat sich von 3578 fl. 49 fr. auf 8384 fl. 35 fr. gehoben, was er direkten und indirekten Beiträgen aus dem Pfarrhilfsfond verdankt.

* Bruchsal, 2. Sept. Die von Oscar Becker gegen das Verweigerungskenntniß der Anlagekammer, welches ihn wegen beendigten Mordversuchs vor das mittelhessische Schwurgericht stellt, eingelegte Beschwerde wurde gutem Vernehmen nach von großh. Oberhofgericht als unbegründet verworfen.

Waden, 1. Sept. (Mannh. J.) Das prachtvollste Wetter, wie man es sich für die hiesige Gegend nur wünschen kann, leitete den Herbst, oder sagen wir lieber Spätsommer, unserer Saison ein, und nach den bekannten Jagd- und Witterungsregeln hat ein schöner erster September vier schöne Wochen hinter sich. Nie aber ist der hiesige Kurort reizender als gerade um die jetzige Zeit, wenn der Himmel freundlich lacht. Der starke Besuch von täglich über 400 Ankommenden deutet darauf hin, daß wir uns noch mitten in vollster Saison befinden. Die Fremdenliste steht jetzt schon auf 36,839 und muß noch zu Ende dieser Woche die Zahl von 40,000 erreichen. Für die Wettrennen, welche übermorgen beginnen und bis zum 10. dauern, erwartet man eine großartige Frequenz. — Das große Konzert, welches am letzten Montag unter Hektor Vertioz Leitung gegeben wurde, hat gegen 2400 fl. eingetragen. Der ganze Ertrag wurde von der Verwaltung des Konversationshauses, welche für das Konzert wohl mehr als 12,000 fr. Kosten hatte, dem hiesigen Krankenhauses übergeben.

Freiburg, 2. Sept. Die Gemäldeausstellung des rheinischen Kunstvereins ist seit dem 28. v. M. hier in der Festhalle eröffnet und wird bis zum 20. d. M. dauern. Viele Stücke sind bereits von den Vereinen in Karlsruhe, Stuttgart, Darmstadt und Mainz angekauft. Wie die früheren Ausstellungen, zeigt auch die diesjährige vorzugsweise die Landschaftsmalerei und das Genrebild vertreten. Die Zahl der ausgestellten Nummern ist nahezu 500. — Unsere diesjährige Theateraison wird dem Vernehmen nach wieder wie früher mit dem 1. October eröffnet werden, was für die Theaterkasse nur vortheilhaft sein wird; denn bei dem herr-

lichen Spätsommerwetter entschließt man sich einmal bei uns nicht so leicht, die so reizenden Genüsse der Natur mit denen der Kunst zu vertauschen. — Neben den Neubauten am Bahnhofs, welche eben zum Beziehen fertig gemacht werden, erhebt sich jetzt schnell das große Sommerliche Hotel, so daß der städtische Bau noch vor Winter unter Dach kommen wird.

München, 31. Aug. (Fr. P.-Ztg.) Fürst Wilhelm von Löwenstein-Wertheim-Freudenberg hat auf den Protest des Fürsten Karl von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg folgende Erwiderung an das Präsidium der Kammer der Reichsräthe gerichtet:

Fürst Karl von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg hat, nachdem das fürstliche Gesamthaus Löwenstein-Wertheim ein Fräulein von Hohenhausen, ein Fräulein von Zeußenbach, eine Gräfin Khoun, endlich eine Freiin von Deym in ihrem Stammbaum zählt, sich angemacht, gegen meine Einberufung in den Reichsrath Protest einzulegen, unter dem wichtigen Vorwand, daß die Ehe meines Vaters nicht ebenbürtig gewesen, daher die Stamm- und Fideikommißbesitzungen der Freudenbergischen Linie mit allen denselben anstehenden Rechten nach bestehenden Familienverträgen an sein Haus rechtlich angefallen seien. Hierauf erlaube ich mir, einem hohen Präsidium der Kammer der Reichsräthe die ergebenste Mitteilung zu machen, daß von solchen Familienverträgen mir Nichts bekannt ist. Die „anklebenden“ etwa grundherrlichen Rechte sind wohl insofern gelöst worden, die Stammbesitzungen selbst aber ruhen in meiner Hand. Sollte Fürst Karl unter Familienverträgen sein Familienherkommen vor Augen haben mit den vier obengenannten Fällen, oder gar das Primogeniturgesetz des Freudenbergischen Hauses, woran die Rosenberger Linie keinen Theil genommen und wodurch sie auch keine Rechte erwerben konnte? Andere Satzungen gibt es keine. Falls aber jenes Gesetz durch eine gezwungene Interpretation gegen mich vorgebracht werden wollte, so sieht dem ein neuerer Familienvertrag entgegen, zwischen allen Prinzen der Freudenbergischen Linie abgeschlossen, durch welchen meine Rechte unzweifelhaft festgestellt und mir ein Stammgut zur Verwaltung übergeben wurde. Wie endlich die Freudenbergische Linie ihr Primogeniturgesetz einseitig errichten konnte, so hätte ihr auch freigeblieben dasselbe einseitig abzuändern, so weit nicht ältere, schon vor dem Primogeniturgesetz erorbene Rechte verletzt wurden. Wertheim, 30. August 1861. (Geg.) Wilhelm Fürst Löwenstein.

o Berlin, 1. Sept. Se. Maj. der König hat die huldvolle Annahme des Festes ausgesprochen, welches von den Provinzialständen der Provinz Preußen für die Königsberger Huldigungsfest veranstaltet wird. — In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung der hiesigen Stadtverordneten nahm die Versammlung den ersten Bericht der gemischten Deputation entgegen, die mit den Vorbereitungen zum festlichen Einzug Ihrer Königl. Majestäten beauftragt ist. Bei untern städtischen Behörden findet der Vorschlag Anklang, Sr. Majestät dem König gleichsam als eine Huldigungsgabe der Hauptstadt einen namhaften Geldbeitrag zu Schiffbauten darzubringen. Auch die Korporation der Kaufmannschaft ist bereits diesem Vorschlag beigetreten. — In einer so eben erschienenen Bekanntmachung der hiesigen Zentralcommission für die Londoner Industrieausstellung wird mitgeteilt, auf eine betreffende Anfrage sei aus London der Befehl erfolgt, daß von Ausländern solche Gegenstände, die in Großbritannien patentirt sind, eingeführt werden können, wenn dieselben nicht zu Handelszwecken und zum Gebrauch, sondern lediglich für die Ausstellung bestimmt sind. Ebenso ist die nachträgliche Zulassung von Volkstischen gestattet. Doch wird dabei bemerkt, daß für alle nach dem 1. Juni f. J. eingehenden Gegenstände keine Preise zuerkannt werden. — Heute ist hier der Prospekt eines neuen demokratischen Blattes ausgegeben worden, welches unter dem Namen „Berliner Reform“ vom 1. October an erscheinen soll. Als Redakteur des Blattes nennt sich der aus London zurückgekehrte ehemalige politische Flüchtling Dr. E. Meyer. Das neue Organ will seiner Ankündigung nach in jeder Richtung eine ganz entschiedene Tendenz verfolgen, und scheint es hauptsächlich auf eine Konkurrenz mit der viel verbreiteten „Volkzeitung“ abgesehen zu haben. In dem Prospekt sind u. a. auch Angriffe gegen die konstitutionelle Partei enthalten. Namentlich werden dem Abg. v. Vinke wegen seiner Erklärung gegen ein schrankenloses Vereinswesen scharfe Vorwürfe gemacht.

Altenburg, 30. Aug. (Fr. J.) Sichern Vernehmen nach hat die herzogliche Regierung sich mit dem Ersuchen nach Berlin gewandt, daß ihrem Kontingent eine regelmäßig wiederkehrende Beihilfung an den größten Uebungen der preussischen Armee gestattet werde, und ist diesem Ersuchen während entsprochen worden.

Dresden, 29. Aug. (N. Pr. J.) Gestern und heute haben nur die vorbereitenden Abtheilungen des Juristentags in verschiedenen bereitwillig eingeräumten Lokalen Sitzungen gehalten. Denselben lag sehr umfangreiches Material vor, welches bei weitem nicht alles bewältigt werden konnte. Die vereinigte erste und zweite Abtheilung für Privat-, Handels-, Befehls-, See- und internationales Recht hat zu ihrem Vorsitzenden den Präsidenten Dr. Heimsdy (Köln) und zu dessen Stellvertreter den Ministerialrath v. Freydriff (Karlsruhe); die dritte Abtheilung für Strafrecht und Prozeß zum Vorsitzenden den Generalsaatsanwalt Dr. Schwarz (Dresden), und zum Stellvertreter den Obergerichtspräsidenten Kronmüller (Stuttgart); die vierte Abtheilung für Gerichtsverfassung, Zivilprozeß, juristisches Studium und praktische Ausbildung zum Präsidenten den Advokaten Dr. Berger (Wien), zum Stellvertreter den Obergerichtspräsidenten Mland (Göttingen) erwählt. Die Mitglieder des Juristentags haben ihre Zugehörigkeit zu der einen oder andern Abtheilung durch eigene Wahl bestimmt. Nach Plenarbeschlüssen haben nur die demgemäß zu einer Abtheilung Eingeschriebenen dort Stimmrecht, doch ist die Einschreibung bei mehreren Abtheilungen zulässig. Den Abtheilungssitzungen und dem sich anschließenden gemeinschaftlichen Essen sind an beiden Tagen wiederum Erfolge gefolgt. Gestern war eine Bergnügungsfahrt auf der Alberts-Eisenbahn nach Tharand veranstaltet. Durch die geschmückte Stadt wurde der Zug nach der alten Ruine, dem botanischen Garten und den heiligen Hallen geführt — überall in Begleitung eines Musikkorps, dessen Spiel namentlich an letzterem

Orte den in den schlängelnden Wegen sich herabbewegenden Zug erfreute. Die äußerliche Erscheinung hätte an einen Wallfahrtszug erinnern können. Heute Nachmittag wurde die Restauration zur Brauerei des Feldschlößchens und zum Theil weiterhin im Eingänge des Plauen'schen Grundes die Beyerburg besucht. Es waren umfassende Veranstaltungen zu einer vorzüglichen Dekoration und Beleuchtung des Gartens getroffen. An den verschiedenen Vergnügungen nahmen auch einige Damen Theil.

Morgen findet der Schluß der Beratungen in einer Plenarversammlung statt. Eine heute ausgegebene Präsenzliste, in der noch etliche fehlen, weist 680 Theilnehmer nach. Unter ihnen zählen 278 Rechtsanwälte und 28 Staatsanwälte.

Dresden, 30. Aug. Von dem Staatsminister der Justiz, Dr. v. Behr, waren gestern die Mitglieder der Bureau's des Plenums, sowie der Abtheilungen und die sonstigen hervortragendsten Notabilitäten des Juristentags zu einem Diner im Reinhold'schen Saale geladen, dem auch der Staatsminister des Kultus und des öffentlichen Unterrichts, Dr. v. Falkenstein, bewohnte und wobei Stadtgerichtsrath Graf Wartensleben von Berlin ein Hoch auf Sr. Maj. den König von Sachsen, der Justizminister ein Hoch auf diejenigen Souveräne ausbrachte, deren Staaten durch Mitglieder beim Juristentage vertreten waren.

Heute hat die zweite und letzte Plenarversammlung des zweiten deutschen Juristentags, welche der Kronprinz und Prinz Georg mit ihrer Gegenwart beehrten, stattgefunden. Nach den heute und gestern ausgegebenen, auf Grund der Präsenzliste und nachträglicher Anmeldungen aufgestellten Verzeichnissen sind von den Mitgliedern des deutschen Juristentags 721 in Dresden anwesend. Morgen Vormittag werden dieselben von Sr. Maj. dem König empfangen werden.

Die Kriminalabtheilung des Juristentags hat die Anträge auf Vereinfachung des Anklagebegriffs des Staatsanwaltschafts-Instituts auf Ueberweisung der Presssachen und politischen Strafsachen an die Schwurgerichte mit großer Majorität angenommen. Die vereinigte erste und zweite Abtheilung hat den Antrag auf Erlass eines allgemeinen deutschen Nachdruckgesetzes angenommen. Die dritte Abtheilung will die Einführung des Geschworeneninstituts in ganz Deutschland.

Als Mitglieder der ständigen Deputation wurden einstimmig gewählt: Berger, Glafer und Keller aus Wien; Bornemann, Hiersemangel, Volkmar, Walde und Graf Wartensleben aus Berlin; Köpffhütter, Rechtsanwält; Schneider, Appellationsgerichts-Präsident; Schwarze, Generalsaatsanwalt; und Wille, Geheimrer Justizrath, aus Dresden; Hering aus Gießen; Pfeiffer aus Bremen; Mland aus Göttingen; Stoepfer aus Bruchsal und Wächter aus Leipzig.

Wien, 29. Aug. (Dsd. P.) Die Adressdebatte wurde in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fortgesetzt. Auch heute wickelte sich die Diskussion ohne Unterbrechung und ohne lärmende Zwischenfälle ab. Die beiden oppositionellen Fraktionen der Reichsvertretung haben nun ihre Programme dargelegt; für die Polen führte gestern Smolka, für die Czechen heute Rieger das Wort. Das Interesse, mit dem man den Deduktionen des Führers der Czechen entgegen sah, hatte in mehrfachen Hinsicht seine gute Begründung. Namentlich war man auf die Haltung gespannt, die der Mann, der vor 13 Jahren das energischste Botum gegen die Vorlesung der ungarischen Deputation in der Reichsversammlung abgab, heute der ungarischen Frage gegenüber einnehmen werde. Dr. Rieger verstand es, sich ohne jede gründliche Beweisführung und ohne auf den Kern der Sache näher einzugehen, mittelst allerlei schöner Redensarten und billiger Vergleiche glücklich hindurchzuwinden. Eines aber wurde aus seiner Rede klar: nicht die Führung der ungarischen Angelegenheiten, nicht die dem dortigen Landtage gegenüber von der Regierung eingenommene Haltung ist es in der Hauptsache, weshalb dem Ministerium von der czechischen Partei ein Botum des Mißtrauens zugesandt wird; daß aber dasselbe Ministerium das Patent vom 26. Febr. geschaffen. — Das ist die Sünde, und der Moment scheint gut, sie zu rächen. Von den ungarischen Angelegenheiten spricht die czechische Fraktion — den 26. Febr. meint sie. Außer Grn. Dr. Rieger trat heute nur noch der polnische Abgeordnete Dobrzansky mit einer politischen Predigt gegen den Adressentwurf auf. Die Abgeordneten Graf Potocki und Dr. Semelowski von der polnischen, Dr. Pracjak und Staniek von der czechischen Partei verzichteten auf das Wort. Die Hauptredner für den Adressentwurf waren heute Professor Häner, Dr. Mühlfeld und Bischof Litwinowicz. Häner behandelte die Verfassungsfrage von einem so hohen und edlen Standpunkt, wie wir sie bisher noch selten behandelt sahen. Dr. Mühlfeld bewegte sich mehr in einer kritischen Analyse der gegnerischen Argumentationen. Eine traurige Episode des ungarischen Kriegs, die Waffenspendung bei Bilagos, hatte in der Art, wie Dr. Mühlfeld sie berührte, viel Peinliches für die Versammlung. Ein wahres Ereigniß war die Rede des Bischofs Litwinowicz. Er erklärte das Königreich Galizien und Lodomerien für die Wiederherstellung des alten rutenischen Königreichs Halicz und Wladimir und pries Namens seiner Landesleute den Schutz, den die kaiserl. Geseze ihnen seit 80 Jahren gegen die Unterdrückung gewährt, die sie bis dahin unter der polnischen Herrschaft zu erdulden hatten. Er pries das Institut des engern Reichsraths als die höhere Instanz, die von der Autonomie der Landtage noch eine Appellation zuläßt. Die Rede brachte eine außerordentliche Sensation in beiden Lagern der Versammlung hervor. Die Generaldebatte dürfte morgen zum Abschluß kommen.

* Wien, 31. Aug. Die Ansprache, womit der Wortführer der Deputation des Herrenhauses dem Kaiser die Adresse überreichte, lautet:

Er. K. R. Apost. Majestät! In jeder ersten Stunde, welche Allerhöchstem väterlichen Willen begegnet, drängt es die Mitglieder des Herrenhauses, sich Ew. Majestät in Ehrfurcht zu nahen, um den herben Empfindungen, welche die Ausübung schwerer Regentenspflichten in sich trägt, die Darlegung unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit entgegen

zu sehen. Im gegenwärtigen Augenblick, in welchem es zur unabwendlichen Pflicht wurde, des ungarischen Landtags überberathenen Widerstand zu brechen, welcher gegen die Macht, gegen die Rechte der Krone, und gegen die von Ew. Majestät verliehenen Staatsgrundgesetze gerichtet war, sieht das Herrenhaus um so lebhafter das Verlangen, seinen patriotischen Gefühlen und Erwartungen Worte zu leihen, als ihm der schöne Beruf zu Theil geworden ist, der treue Wächter jener unantastbaren Güter zu sein, welche die a. h. Botschlässe über jede Anfechtung erheben sollen. Deshalb wurde uns die ehrenvolle Mission, Ew. Majestät die in einer Adresse des treuen, ergebenen Herrenhauses des Reichsraths niedergelegten loyalen Kundgebungen ehrerbietigst zu unterbreiten. Der Himmel beschütze und stärke Ew. Majestät erleuchtete Willenskraft in der wahren Fürsorge für das Gemeinwohl des großen Kaiserreichs. Liebe zum angekommenen Herrscherhause ist eine Macht in Oesterreich; diese wird, sie muß alle Weirten an sich ziehen, und der Doppelpaar wird mit ungehörter Kraft alle Stämme unter gleichem verfassungsmäßigem Rechte schirmen.

Die Antwort des Kaisers haben wir bereits mitgetheilt. (S. Nr. 205.) — Der „D. Post“ zufolge hat der ungarische Hofkanzler Graf v. Forgach um Enthebung von diesem Posten und Rückversetzung auf den Posten des Statthalterers in Böhmen angefragt. — Dem Vernehmen nach hat hier gestern abends eine Ministeritzung stattgefunden, welche die Frage wegen Einberufung des siebenbürgischen Landtags zum Gegenstand hatte. — Heute findet die feierliche Eröffnung der wichtigen Eisenbahnstrecke Wels-Passau statt.

Schweiz.

Bern, 31. Aug. Die französische Regierung reklamiert bei dem Bundesrath wegen des Genfer Grenzskandals und verlangt Satisfaktion wegen Grenzverletzung und Entschädigung für die verhafteten und verwundeten Franzosen.

Oesterreichische Monarchie.

Aus Pesth, 29. Aug., wird telegraphirt, daß die Komitassungen des Protektes wegen verboten worden sind. Die Kontributoren sind für den 9. Sept. einberufen. Diejenigen, welche die Soldaten hindern sollten, diesem Rufe Folge zu leisten, sind mit schweren Militärstrafen bedroht.

Pesth, 31. Aug. Die Versammlung der Stadtrepräsentanz hat eine Dankadresse an Smolka und für den Fall der Auflösung der Repräsentanz beschlossen, daß die Beamten ihre Aemter fortführen sollen, bis sie gezwungen würden, gegen die Geleze zu handeln. Der mit Militäresorte erschienenen Steuerkommission wurden die Steuerbücher übergeben.

Agram, 31. Aug. In der heutigen Landtagsitzung wurde die Verhandlung der Instruktion über provisorische Organisation der Municipien fortgesetzt und über das Kandidatensrecht der Obergepäne stürmisch disputirt, jedoch ohne einen Beschluß zu erzielen. In der hiesigen Komitasskongregation wurde vorgestern eine Vorstellung an den Landtag beschlossen, damit derselbe bezüglich des Quantums der vom Lande jährlich zu zahlenden direkten und indirekten Steuern jeder Art und deren Verwaltung, und hinsichtlich der Rekrutenstellung mit Sr. Majestät in Verhandlung treten und ein solches Uebereinkommen zu Stande zu bringen trachte, welches einerseits den größeren Bedürfnissen der königl. und kaisert. Würde entsprechen und andererseits dem Lande eine vollständige, von fremdem Einflusse unabhängige, nur dem Landtage verantwortliche und Sr. Majestät unmittelbar untergeordnete Selbstverwaltung sichern würde. Die Vorstellung soll den übrigen Komitaten zur Unterstützung mitgetheilt werden.

Lemberg, 27. Aug. (Presse.) Der Student Paszkowski, der wegen Theilnahme an der ziemlich kindischen Studentenverschwörung des Jahres 1855 zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurtheilt ward, wurde von dem Kaiser am 17. d. begnadigt, die rechtlichen Folgen der Verurtheilung jedoch nicht aufgehoben.

Italien.

Turin, 26. Aug. Garibaldi geht zum 7. Sept. nicht nach Neapel, sondern bleibt seinem Vorgesetzten, die Insel Capraera nicht zu verlassen, so lange die Umstände seine Mitwirkung auf einem Schlachtfelde nicht erheischen.

Die „Indep. Belg.“ bringt heute das Manifest Kapla's in Form eines Briefes an Garibaldi. Der Grundgedanke desselben ist: den nichtungarischen Nationalitäten alle von ihnen begehrten Zugeständnisse zu machen, und sollte man selbst zu einer der Schweizer Eidgenossenschaft ähnlichen Form schreiten, vorausgesetzt, daß sie einwilligen, einen integrierenden Theil der ehemaligen Monarchie des heil. Stephan bilden zu wollen.

Turin, 31. Aug. Minghetti hat seine Demission eingereicht, welche aber noch nicht angenommen ist. Man glaubt, daß Ricasoli interimistisch das Portefeuille des Innern übernehmen wird. Der Rücktritt Minghetti's sei durch die Meinungsverschiedenheit motivirt, welche zwischen ihm und der Mehrheit der Minister über den Zeitpunkt und die Weise der Aufhebung der Statthaltertschaft von Neapel besteht. Der König hat heute Morgen Benedetto in feierlicher Audienz empfangen.

Turin, 30. Aug. Die „Dpinione“ erklärt heute den neapolitanischen Aufstand auf zwei an päpstliches Gebiet grenzende Provinzen bezuglich und fragt, was geschehen könnte, wenn die Truppen die Grenze überschreiten, die gestrichelten Insurgenten errichten und das Land von ihnen säubern würden? Capour sei von ähnlichen Verhältnissen veranlaßt worden, in den Marken und Umbrien einzuschreiten. Die Grenzüberschreitung wäre keine Invasion, keine Okkupation, und kein feindlicher Akt gegen Frankreich, sondern nur eine legitime Vertreibung. Es sei nicht zu viel verlangt, daß Frankreich dem Aufstande an der römischen Grenze ein Ende lege oder dies den italienischen Truppen zu thun überlasse. Die Unterdrückung des Aufstandes werde die Anerkennung des italienischen Reiches von den andern Mächten und

eine leichtere Lösung der römischen Frage zur Folge haben, indem dann kein Grund für eine fernere französische Okkupation Roms vorhanden wäre. Italien beschleunige daher mit allen möglichen Mitteln die Vernichtung des Aufstandes, und es liege im Interesse Frankreichs, mitzuwirken; denn es könnten Ereignisse aufstehen, in welchen ein starkes Italien ein verlässlicher Alliirter Frankreichs und diesem von großem Nutzen sein könnte. Frankreich müsse daher aufhören, die Insurgenten zu beschützen und zu ermutigen.

Turin, 31. Aug. Halim Pascha ist heute vom König empfangen worden. Die Ernennung des Generals Della Rovere zum Kriegsminister scheint definitiv beschlossen zu sein. Man meldet seine baldige Ankunft. General Brigone, welcher zum Statthalter Siziliens ernannt worden ist, wird erwartet. Die „Dpinione“ meldet, daß Baron Ricasoli das Portefeuille des Innern übernimmt und dasjenige des Auswärtigen interimistisch beibehält. Hr. Borromeo, Generalsekretär des Innern, hat seine Entlassung eingereicht.

Frankreich.

Paris, 31. Aug. Der Kaiser hat sich in Bordeaux nur wenige Augenblicke aufgehalten. Der längere Aufenthalt mit der erwarteten Friedensrede soll für die Rückkehr von Biarritz aufgehoben sein. Einweilen wurde der Brückenroll in der Hauptstadt der Gironde mittelst kaisert. Dekrets per öffentlichen Anschlag abgeschafft. — Morgen wird in Marseille der feierliche Einzug des neuen Erzbischofs mit ungewöhnlichem Gepränge stattfinden. — Nach dem „Pays“ soll der Papst die Soldaten der auswärtigen Milizen verabschiedet haben. (Bestätigung abwarten.) General Goyon ist nicht nach Frankreich abgereist. Eine neue Sendung von Truppen nach Rom wird unmittelbar stattfinden, um einen Theil der gegenwärtigen Garnison abzulösen. Der Effectivbestand der Okkupationsarmee bleibt unverändert. — Die „Patrie“ theilt mit, daß nach einer Depesche vom 30. Rom fortwährend ruhig war. Das Verhältnis zwischen Frankreich und den päpstlichen Behörden war gut und die diplomatischen Beziehungen sollten, wie vorher, zwischen beiden Regierungen aufgenommen werden. — Da Hr. Mirès gestern die Absicht fundgegeben hatte, gegen das von dem Appellationshofe legten Donnerstag erlassene Urtheil Kassation nachzusuchen, so begab sich heute ein Orefrier in das Gefängnis Mazas und nahm die betreffende Erklärung des Hrn. Mirès in Empfang. — Finnländische Abgeordnete — so meldet das „Pays“ — welche wegen der Kostrennung ihres Landes von Rußland nach Stockholm geschickt worden waren, sind bei ihrer Rückkehr von den russischen Behörden wegen Hochverraths verhaftet worden. — In Lima hat sich zwischen den peruanischen Behörden und den Spaniern ein Streit wegen Ausbeutung des Guano's erhoben. — 3proz. 69.

Paris, 1. Sept. Durch kais. Dekret sind ernannt worden: Marquis v. Lavalette, Gesandter bei der Hoforte, in derselben Eigenschaft, an Stelle des Herzogs v. Gramont, beim heil. Stuhle; Marquis v. Moutier, Gesandter am Wiener Hof, in derselben Eigenschaft, an Stelle des Marquis v. Lavalette, bei der Hoforte, und Herzog v. Gramont, Gesandter beim heil. Stuhl, in derselben Eigenschaft, an Stelle des Marquis v. Moutier, beim Wiener Hof. — Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Dekret, wodurch weitere Beförderungen in der Marine stattfanden. 71 Schiffsführer wurden zu Schiffleutnanten; 9 Aspiranten zu Schiffsführern und 6 Zöglinge der Polytechnischen Schule zu Aspiranten ernannt. — Das englische Cabinet hat (der „Köln. Ztg.“ zufolge) Anstoß an der neuerdings erfolgten Erweiterung der Cadres der höheren Flottenoffiziere Frankreichs genommen. Lord Comley wäre beauftragt worden, hierüber von der hiesigen Regierung sich Ausklärung auszubitten. Man beschäftigt sich eben im Marineministerium mit der Ausarbeitung eines neuen zeitgemäheren Systems der sogenannten Inscription maritime (allgemeine Verpflichtung der Küstenbewohner zum Seebienste). — Ein Adjutant des Generals Beauregard ist in Begleitung eines Agenten des Präsidenten Davis Jefferson hier angekommen, um für Rechnung der Südstaaten bedeutende Antäufe von Waffen und Munition in Frankreich und England zu machen.

Großbritannien.

London, 31. Aug. Die „Army and Navy Gazette“ meldet: Die Regierung hat beschlossen, ihre Militärmacht in Nordamerika beträchtlich zu verstärken. Drei Regimenter werden unverzüglich dahin abgehen.

Amerika.

Neu-York, 17. Aug. Man schreibt dem „Temps“: Vorgehört wurde in Neu-York, bei der Ankunft der „Persia“ von Liverpool, einer der Passagiere dieses Steamers, Hr. Merrill von Neu-Orleans, verhaftet, welcher der Regierung der Südstaaten 40,000 Pfd. St. überbringen sollte, die ihm von englischen Kapitalisten für die Rebellen übergeben worden waren. Das Geld wurde natürlich konfisziert und man behält England darob in gutem Andenken.

Neu-York, 22. Aug. Das Gerücht, die Sonderbündler hätten den Potomac überschritten, ist falsch. Sie hatten Anstalten zum Einfall in Maryland getroffen, aber der Potomac ist durch Regen zu sehr gewachsen. Eine Proklamation befiehlt allen Freiwilligen, sich mit oder ohne Waffen und Uniform nach Washington zu begeben. Diefelben eilen schleunigst nach der Hauptstadt, wo die Insubordination noch zugenommen hat. In Missouri ist die Aufregung groß, weil die Südruppen vorrücken. Sie besetzen viele Städte im Südwesten Missouri's.

Vermischte Nachrichten.

Pforzheim, 1. Sept. Aus der „Ordnung des Fahnenweibens“ des hiesigen Turnvereins, das am 8. und 9. Sept. abgehalten wird, entnehme ich, daß Samstag den 7. Sept., als dem Vor-

festtage, der Empfang der Festgäste und Abends dann eine gefellige Zusammenkunft im Garten zum Dschen bei Musik und Feuerwerk stattfindet. Sonntag den 8. Sept. ist Tagwache, Empfang weiter ankommender Gäste, sodann Sammlung der Turner, der Gesangvereine und der Feuerwehr auf den bestimmten Sammelplätzen. Morgens 11 Uhr Fahnenweihe auf dem Marktplatz mit Gesang, Festrede etc. Nachmittags Abmarsch nach dem Festplatz mit Umzug durch die Stadt. Auf dem Festplatz beginnt dann das Ritz- und Schauturnen. Abends sind Festbälle an vier verschiedenen Orten. Montag den 9. Sept. (Geburtstages Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs): Tagwache, Sammlung auf dem Marktplatz und Theilnahme an dem Kirchenzuge und dem Gottesdienste. Nachmittags Turnfahrt nach Weissenstein, und nach dieser Rückkehr auf den Festplatz, wo sodann gefellige Unterhaltung stattfindet. Wir sehen einer starken Theilnahme, namentlich auch von Seite auswärtiger Turner entgegen.

Pforzheim, 2. Sept. Nach dem eben ausgegebenen Programme des hiesigen Pädagogiums und der hiesigen Bürger Schule, deren öffentliche Jahresprüfungen am 4., 5., 6. und 7. Sept. stattfinden, wurden diese kombinierten Anstalten im abgelaufenen Schuljahr von 207 Schülern besucht. Darunter sind 173 Protestanten, 26 Katholiken und 8 Israeliten. 66 Schüler kommen auf die I., 51 auf die II., 41 auf die III., 36 auf die IV. Klasse untere Abth., und 13 auf die IV. obere Abth. Die vorjährige Schülerzahl betrug 196. Die Anstalt hat sechs Lehrer, außer den Religionslehrern und dem Zeichenlehrer. — Die Landes-Gewerbeschaustellung in Karlsruhe wird von hier aus sehr stark besucht. Alt und Jung strömt dorthin und kehrt sehr befriedigt zurück.

Mannheim, 30. Aug. In der Bierbrauerei „zum Prinz Max“ war gestern ein ungemein reges Leben; es galt, sich von der Kraftleistung der seit hier zur Ansicht ausgestellten calorischen Maschine zu überzeugen. Diefelbe war zu diesem Zweck mit der Maschinerie der Brauerei in Verbindung gebracht, und setzte dieselbe mit dem ganzen Getriebe der Art in Bewegung, daß eine doppelt wirkende Pumpe achtzig Quart Wasser per Minute förderte. Die Maschine, sowie das erzielte Resultat fanden allgemeine Anerkennung, und dürften dem Aussteller derselben, Hrn. Weidmann, der sich um die Verbreitung der calorischen Maschine ganz besonders verdient macht, wie bereits von Hrn. R. Kiderl, bald mehrere Bestellungen zugehen.

Bonn Kaiserstuhl, 28. Aug. Die „Freie Ztg.“ revidirt ihre neulichen Angaben über die Größe des Hagelchadens auf dem Gute Ziegenhof. Ein Theil des Tabakfeldes wurde nicht getroffen; die beschädigten Tabake aber können noch alle benützt werden. Der Schaden wurde durch Experten auf etwas über 7000 fl. angeschlagen.

Stuttgart, 31. Aug. (A. Z.) Ein hiesiges Blatt theilt die Verhaftung eines Oberguiden vom Generalstab mit, welcher die Pläne der Bundesfestung Ulm zum Verkauf autographirt haben soll. Es zirkuliren hierüber folgende nähere Angaben. Ein junger Porte-epée-Kadet und zugleich Oberguide des Generalquartiermeisterstabs sei, so heißt es, um einen längeren Urlaub zu dem Behuf angekommen, den Krieg in Nordamerika mitzumachen. Noch ehe eine Entscheidung auf sein Gesuch getroffen worden, soll er sich unter sehr verdächtigen Umständen entfernt haben, aber ergriffen und bei ihm autographirte Pläne der Bundesfestung Ulm gefunden worden sein, von denen man vermutet, daß er sie habe verkaufen wollen. Er sei nun wegen eines Verbrechens in Haft und Untersuchung, welches das Militärgezeß als Landesverrath bezeichnet und mit dem Tode bedroht. Man ist um so mehr auf den Ausgang der Untersuchung gespannt, als der junge Verbrecher ein sehr talentvoller und sonst gebildeter Mann sein soll, auf den man große Hoffnungen setzte.

Kempten. Wie Augob. Blätter berichten, sind in Kempten in der letzten Zeit viele Fälle von Erkrankungen an Cholera und typhösem Fieber vorgekommen. Einige Augoburger Aerzte sind auf Ansuchen nach Kempten abgegangen. Laut einer Anzeige des in Kempten befindlichen Kommando's des 12. Infanterieregiments unterbleibt „in Folge der in der Stadt Kempten zur Zeit unglücklichen Gesundheitsverhältnisse“ die für den September angeordnete Einberufung der Mannschaft des daselbst garnisontirenden 2. Bataillons jenes Regiments.

Die italienischen Turner haben beschlossen, um den deutschen Turnern ihre Sympathien zu zeigen, zum Denkmal des deutschen Turnvaters Jahr aus ihren Apenninen und den Savoyer Alpen gleichfalls Helsenblöde beizusteuern. Vor einigen Tagen hat der Turnverein in Turin dem Berliner Turnrath einen 50 Pfund schweren Marmorstein aus den Apenninen überfandt. Auf der Vorderseite desselben steht mit rother Schrift eingegraben: „Società equestre ginevrina di Torino“, auf der Rückseite: „Apennini“. — Auch die skandinavischen Turner haben sechs Granitblöde aus den nordischen Hochgebirgen angeliefert.

Karlsruhe, 2. Sept. Bei der heute stattgehabten Gewinnziehung der badischen 50-fl.-Loose sind folgende Hauptgewinne gezogen worden:

Nr. 27,909 35,000 fl. Nr. 75,177 10,000 fl. Nr. 52,264 5000 fl. Nr. 83,123 3000 fl. Nr. 94,800, 98,876 je 1500 fl. Nr. 2401, 3627, 4156, 83,986 je 1000 fl.

Für die Wittve des verunglückten Bahnwarts Joh. Wehrlein aus Ruggensturm sind (laut Karlsruher Zeitung Nr. 204) bei eingegangenen: 82 fl. 21 fr. Seitdem weiter: Von S. R. 1 fl. 45 fr.; von Ungenannt 1 fl.; von Ungenannt 4 fl.; von St. in Rajatt 1 fl., von B. 1 fl. 45 fr. Zusammen 91 fl. 51 fr. Zu weiterer Annahme von Gaben find wir gern bereit. Karlsruhe, den 2. September 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 3. Sept. 3. Quartal. 87. Abonnementsvorstellung. Der Fabrikant; Schauspiel in 3 Akten, nach dem Französischen bearbeitet von Eduard Devrient. Hierauf: Ein Putz; Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen von Grandjean. „Cantal“ und „Amadé“: Hr. Nebe vom herzogl. Hoftheater zu Braunschweig als Gast.

Mittwoch, 4. Sept. 3. Quartal. 88. Abonnementsvorstellung. Die Eugenotten; große Oper in 5 Akten mit Ballet, von Meyerbeer. „Raoul“: Hr. Mayr als Gast.

